

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Unsoziale Mietrechtsänderung stoppen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat, der am 13. Dezember 2012 im Deutschen Bundestag mehrheitlich beschlossenen Mietrechtsänderung, die Zustimmung zu verweigern und für die Anrufung des Vermittlungsausschusses einzutreten. Die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss sollen ein soziales und klimagerechtes Mietrecht sicherstellen. Insbesondere sind Mietsteigerungen wirksam zu begrenzen sowie Anreize für Maßnahmen zur Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien bei Wohngebäuden zu schaffen, ohne Mieterinnen und Mieter einseitig zu belasten.

Helmut Holter und Fraktion

Begründung:

Der Bundesrat lehnte im Gesetzgebungsverfahren den Gesetzentwurf ab, der am 13. Dezember 2012 mit marginalen Änderungen im Deutschen Bundestag beschlossen wurde. Bei einem hier vorliegenden Einspruchsgesetz ist die Anrufung des Vermittlungsausschusses üblich, wenn der Bundesrat Einwendungen gegen ein beschlossenes Gesetz hat. Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte gemeinsam mit anderen Bundesländern versuchen, die zulasten der Mieterinnen und Mieter vorgenommenen Änderungen im Mietrecht zu stoppen und für ein sozial ausgewogenes und auf eine klimagerechte Wohngebäude- und Stadtentwicklung ausgerichtetes Mietrecht einzutreten.